

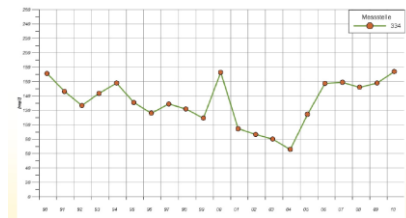
www.dvgw.de

Belastung der Trinkwasserressourcen mit Nitrat – eine ewige Geschichte?

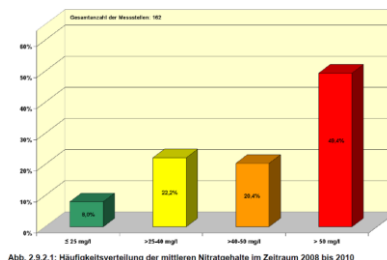
Dipl.-Ing. Jörn-Helge Möller, DVGW-Landesgruppe Bayern

Nitratbelastung der Trinkwasserressourcen

- Die Belastung der Trinkwasserressourcen mit Nitrat ist bei zahlreichen Wasserversorgern ein bereits jahrzehntelanges Problem.
- Oft stagnieren die Werte auf einem hohen Niveau oder weisen sogar in der jüngeren Vergangenheit wieder eine steigende Tendenz auf.
- Die rechtlichen Vorgaben der EG-Nitratrichtlinie, der EG-Grundwasserrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes von 50 mg/l Nitrat im Grundwasser wird vielerorts nicht eingehalten.



OÖWV, 1990-2010



LAWA-Nitratbericht, 2012

Abb. 2.9.2.1: Häufigkeitsverteilung der mittleren Nitratgehalte im Zeitraum 2008 bis 2010

Nitratbelastung der Trinkwasserressourcen

- Der DVGW stellt diesen Sachverhalt in seiner fachpolitischen Arbeit immer wieder dar -> jüngst im Kontext der Revision der Düngeverordnung (12/2014).
- Die Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen steht u.a. im Zusammenhang mit dem von der Kommission gegenüber Deutschland eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren wegen unzureichender Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie.
- Die erforderliche Reduzierung der Nitratbelastung ist mit dem vorgelegten Entwurf nicht zu schaffen.

STELLUNGNAHME

vom 30. Januar 2015 zum

Entwurf einer Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung – DüV) vom 18.12.2014



DVGW-Positionen zur Novellierung der Düngeverordnung

1. Bilanzierung Nährstoffüberschüsse mit Hoftorbilanz:

- Umfassende, nachvollziehbare und dokumentierte **Berücksichtigung aller anfallenden pflanzenbedarfs- und umweltrelevanten N- und P-Flüsse** ohne Herausrechnen umweltrelevanter N- und P-Verluste
- Voraussetzung ist die Einführung der **Brutto-Hoftorbilanz** für alle Betriebe als Basis für Nährstoffvergleiche und deren Bewertung

2. Obergrenzen organische Stickstoffdüngung:

- Niedrigere Obergrenzen für die organische Stickstoffdüngung (120 kg N/ha*a auf Ackerland / 160 kg N/ha*a auf Grünland)

3. Ergänzung Liste Ordnungswidrigkeiten:

- Überschreiten der Obergrenzen der organischen Stickstoffdüngung
- Überschreiten des Kontrollwerts des zulässigen Stickstoffüberschusses



DVGW-Positionen zur Novellierung der Düngeverordnung

4. Weitere Forderungen:

- Begrenzung der organischen N-Düngung im Herbst
- Verlängerung der Sperrfristen
- Größere Lagerkapazitäten für organischen Dünger (9 Monate)
- Einheitliche Abstandsregelung von mind. 5 m zu Gewässern

Fazit:

- Flächendeckende Umsetzung der o.g. Forderungen erforderlich, Erfahrungen aus Schutzgebietskooperationen zeigen: anders lässt sich das Ziel < 50 mg/l Nitrat im Grundwasser nicht erreichen!!!
- Falls nicht durchsetzbar, dann muss Öffnungsklausel den Ländern die Umsetzung dieser Anforderungen in belasteten bzw. gefährdeten Gebieten ermöglichen.
- Dafür wäre eine Erweiterung des § 13 Abs. 2 um diese Anforderungen erforderlich!



Bayerisches Wassergesetz

Art. 31

Öffentliche Wasserversorgung,
Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

(Zu § 50 Abs. 5, abweichend von § 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und zu § 51 Abs. 1 Satz 3, § 53 Abs. 4 WHG)

- (1) 1 Zuständig für den Erlass einer Rechtsverordnung nach § 50 Abs. 5 WHG ist das Staatsministerium. 2 In der Rechtsverordnung kann bestimmt werden, dass § 101 Abs. 1 WHG für die Eigenüberwachung in Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten durch öffentlich-rechtliche Körperschaften oder von ihnen entsprechend beliehene Dritte Anwendung findet.
- (2) Die Aufgabe, Wasser- und Heilquellenschutzgebiete durch Rechtsverordnung festzusetzen, wird auf die Kreisverwaltungsbehörden übertragen.
- (3) Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile soll die Ausweisung von Wasserschutzgebieten für neue Wassergewinnungsanlagen nicht erfolgen.
- (4) Soweit es dem öffentlichen Interesse entspricht, können auf Antrag Wasserschutzgebiete auch für Gewässer, die der privaten Wassergewinnung dienen, ausgewiesen werden; § 51 Abs. 2 und § 52 WHG sowie Art. 32 gelten entsprechend.

Art. 32

Ausgleich für schutzgebietsbedingte Belastungen

(Abweichend von § 52 Abs. 5 WHG)

- 1 Setzt eine Anordnung nach § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2 WHG, auch in Verbindung mit § 52 Abs. 2 und 3 WHG, erhöhte Anforderungen fest, die
 1. die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder
 2. Mehraufwendungen für den Bau und Betrieb land- und forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen
 - a) an bestehenden Betriebsstandorten oder
 - b) an neuen Betriebsstandorten, soweit keine anderen Möglichkeiten der räumlichen Betriebsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können,
- zur Folge haben,

so ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich zu leisten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht nach § 52 Abs. 4 WHG besteht. 2 Als Anordnungen nach Satz 1 Nr. 1 gelten auch für Wasserschutzgebiete erlassene Verbote oder Beschränkungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. 3 Satz 1 Nr. 2 gilt auch, wenn die Mehraufwendungen durch eine wasserschutzgebietsbezogene Anordnung in einer Rechtsverordnung nach § 62 Abs. 4 WHG verursacht werden.

